

Bewerbungsbedingungen

Dienstleistungen des Sozialwesens - Betrieb eines Schülerwohnheims



Bewerbungsbedingungen (Teilnahmewettbewerb)

Auftraggeber: Landkreis Lindau (Bodensee)



Ausschreibungstitel: Dienstleistungen des Sozialwesens – Betrieb eines Schülerwohnheims

Vergabenummer: 01075-26

Vergabeart: Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (VgV)

Inhaltsverzeichnis

A. Vorbemerkung.....	3
B. Auftraggeber	3
C. Beschreibung des Vorhabens	3
D. Leistungsort.....	4
E. Losaufteilung.....	4
F. Verfahrensart	4
G. Ablauf des Vergabeverfahrens	4
H. Voraussichtlicher Zeitplan des Vergabeverfahrens	5
I. Teilnahmewettbewerb.....	6
I. Form und Übermittlung des Teilnahmeantrags	6
II. Inhalt des Teilnahmeantrags	7
III. Zulassung zur Angebotsphase (Auswahlentscheidung).....	8
IV. Bewerberfragen und Kommunikation	8
V. Bewerbergemeinschaften	8
VI. Unterauftragnehmer und Eignungsleihe	9
1. Unterauftragnehmer	9
2. Eignungsleihe.....	10
VII. Verschwiegenheit/Vertraulichkeit.....	11
VIII. Kosten-/Aufwandserstattung	11
IX. Datenschutz.....	11
X. Vergabekammer	12
XI. Rechtsbehelfsbelehrung.....	12

A. Vorbemerkung

Die nachfolgenden Bewerbungsbedingungen gelten, soweit durch den Auftraggeber nicht ausdrücklich etwas Abweichendes bestimmt ist.

Bei den in diesen Bewerbungsbedingungen sowie den übrigen Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen, handelt es sich um (normativ verankerte) rechtliche Begriffe, die für alle Geschlechter gelten.

Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit "Bewerber" sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerbergemeinschaften gemeint; mit Auftragnehmer (AN) sind Bewerber oder Bewerbergemeinschaften gemeint, die den Zuschlag erhalten haben.

B. Auftraggeber

Auftraggeber ist der Landkreis Lindau (Bodensee), vertreten durch das Landratsamt Lindau (Bodensee), Stiftsplatz 4. 88131 Lindau (Bodensee).

C. Beschreibung des Vorhabens

Der AG ist örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach § 69 SGB VIII, Art. 15 AGSG und Betreiber des Schülerwohnheims Lindau (Bodensee), Reutiner Str. 12, 88131 Lindau. Der AG schreibt Leistungen zum ordnungsgemäßen Betrieb des Schülerwohnheims Lindau (Bodensee) als Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform nach § 13 Abs. 3 SGB VIII aus. Der künftige Auftragnehmer soll insbesondere folgende Leistungen erbringen: Pädagogische Leitung des Schülerwohnheims und Betreuung der Schüler, hauswirtschaftliche Leistungen, Facility Management und Services. Gegenstand des Verfahrens sind weiter u. a. Leistungen der Betreuung und Verpflegung von Schülern im Schülerwohnheim, die nicht dort untergebracht sind, sondern in externen Unterkünften, und die Organisation und Vermittlung dieser externen Unterkünfte sowie das Anbieten von Mittagessen im Schülerwohnheim an sonstige Personen, insbesondere an Tagesschüler und Lehrer, im Rahmen der Kapazitäten der Küche und der Lagerräume des Schülerwohnheims.

Gegenstand ist auch die Gestellung von Personal des AG an den Auftragnehmer.

Weitere Details zur Leistungsbeschreibung kann

- Anlage A – Leistungsbeschreibung
- Anlage B – LEQV sowie
- Anlage C – Vertrag über die Gestellung von Personal

entnommen werden.

D. Leistungsort

Lindau am Bodensee, NUTS-Code: DE27A

E. Losaufteilung

Eine Losaufteilung findet nicht statt.

F. Verfahrensart

Das Vergabeverfahren richtet sich nach den §§ 97 ff. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV). Der Auftraggeber hat sich für die Durchführung eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb entschieden. Das Verfahren gliedert sich somit in zwei Phasen: Den Teilnahmewettbewerb zur Feststellung der Eignung der Bewerber und die Angebots- und Verhandlungsphase zur Bestimmung des wirtschaftlichsten Angebotes.

G. Ablauf des Vergabeverfahrens

Zur einfacheren Orientierung wird im Folgenden der Ablauf des Verfahrens überblickartig grob skizziert:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb

- Die Einleitung des Verfahrens erfolgt mit der Veröffentlichung der europa-weiten Bekanntmachung zur Auftragsvergabe und Bereitstellung der Vergabeunterlagen. Mit der Auftragsbekanntmachung fordert der Auftraggeber alle am Auftrag interessierten Unternehmen auf, einen Teilnahmeantrag einzureichen (Aufruf zum Teilnahmewettbewerb);
- Sofern die interessierten Unternehmen Fragen zu den Unterlagen, dem Auftragsgegenstand oder dem Verfahren haben, können sie bis 10 Kalendertage vor dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge über die Vergabeplattform Auskünfte erbeten;
- Schlusstermin für den Eingang der (elektronisch einzureichenden) Teilnahmeanträge;
- Prüfung und Auswertung der Teilnahmeanträge entsprechend der in der Bekanntmachung aufgestellten Anforderungen sowie Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber (Ende Teilnahmewettbewerb)
- Die Eignung des Teilnehmers wird anhand der Angaben in der Anlage D (Formblatt zur Eignung geprüft.

Phase 2 – Angebotsphase

- Aufforderung zur Angebotsabgabe (Anfang Angebotsphase);
- Vor-Ort-Termin zur Besichtigung der Liegenschaften;
- Schlusstermin für den Eingang der (elektronisch einzureichenden) Erstangebote;
- Ggf. Zuschlag auf das Erstangebot;
- Einladung zu Verhandlungsgesprächen; Verhandlungsgespräche;
- Ggf. Konsolidierung der Vergabeunterlagen unter Berücksichtigung der Verhandlungen sowie Aufforderung zur finalen Angebotsabgabe;
- Schlusstermin für den Eingang der (elektronisch einzureichenden) finalen Angebote;
- Prüfung und Wertung der Angebote;
- Informationsschreiben nach § 134 GWB;
- Das wirtschaftlichste Angebot wird anhand der Zuschlagskriterien (**Anlage F**) ermittelt.
- Zuschlagserteilung und Ende des Verfahrens.

H. Voraussichtlicher Zeitplan des Vergabeverfahrens

Der Zeitplan ist mit Ausnahme des Termins der Absendung der EU-Bekanntmachung, der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge und der Erstangebote unverbindlich. Der Auftraggeber behält sich unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften, Änderungen des Zeitplans und der Verfahrensschritte der Angebots- und Verhandlungsphase vor.

16.06.2026	Tag der Absendung der EU-Bekanntmachung (Veröffentlichung Teilnahmewettbewerb)
06.07.2026	Fristende für den Eingang von Bewerberfragen
16.07.2026, 12 Uhr	Fristende für den Eingang der Teilnahmeanträge
Ca. KW 29	Veröffentlichung der Aufforderung zur Abgabe Erstangebote
Ca. KW 33	Fristende für den Eingang der Erstangebote
Ca. KW 34-38	Verhandlungsgespräche



Ca. KW 44

Fristende für den Eingang der finalen Angebote

Ca. KW 48

Zuschlagserteilung

I. Teilnahmewettbewerb

Für den Teilnahmewettbewerb gelten die nachfolgenden Bedingungen.

I. Form und Übermittlung des Teilnahmeantrags

Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die e-Vergabe-Plattform „Deutsches Vergabeportal“ (dtyp.de) in Textform nach § 126b BGB zu übermitteln. Anders übermittelte Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen. Die Teilnahmeanträge müssen daher nicht mit einer elektronischen Signatur versehen werden. Die Verschlüsselung der Dateien erfolgt über die e-Vergabe-Plattform automatisch. Eine weitere Verschlüsselung durch die Bewerber ist unzulässig und kann zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen, §§ 10 bis 12 VgV. Zur Wahrung der Textform nach § 126b BGB muss der Teilnahmeantrag den Namen der erklärenden Person ausweisen.

Die Übermittlung von Teilnahmeanträgen setzt die vorherige Registrierung und Aktivierung der Teilnahme am Vergabeverfahren auf der e-Vergabe-Plattform voraus. Nähere Informationen zur Registrierung und Übermittlung von Angeboten können dem e-Vergabe-Informationen-Server www.support.cosinex.de entnommen werden. Nach erfolgreicher Absendung des Angebotes geht dem Bieter eine elektronische Eingangsbestätigung zu. Sollte dem Bieter keine Eingangsbestätigung zugehen, sollte mit der technischen Hotline des Bietertools Kontakt aufgenommen und/oder ein erneuter Übermittlungsversuch unternommen werden (support@cosinex.de).

Der Teilnahmeantrag muss bis zu dem in der Auftragsbekanntmachung genannten Teilnahmefrist über die Vergabepattform bei dem Auftraggeber eingegangen sein. Später eingehende Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Etwaige Änderungen und Berichtigungen des eingereichten Teilnahmeantrags müssen als solche gekennzeichnet und innerhalb der Teilnahmefrist in der für die Abgabe des Teilnahmeantrags vorgeschriebenen Form eingereicht werden.

Die Verwendung der vom Auftraggeber vorgegebenen Formulare ist zwingend. Die bereitgestellten Formulare sind auszufüllen. Hierfür stehen größtenteils freigegebene Textfelder bzw. Zellen zur Verfügung. Änderungen an diesen Formularen sind im Übrigen unzulässig und können zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen. Sofern weitergehende Erklärungen, Unterlagen oder Nachweise mit dem Teilnahmeantrag übermittelt werden sollen, sind die Dateiformate WORD, JPG oder PDF zu verwenden.



Sämtliche mit dem Teilnahmeantrag geforderten Unterlagen – wie Erklärungen, Angaben oder sonstige Nachweise – müssen bis zum Ablauf der Teilnahmefrist übermittelt worden sein, es sei denn, der Auftraggeber hat ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen – insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise – nachreichen, vervollständigen oder korrigieren zu lassen. Ein Anspruch auf eine derartige Handhabung besteht nicht. Insbesondere kann der Auftraggeber aus Gründen der Gleichbehandlung und/oder aus zeitlichen Erwägungen unvollständige Teilnahmeanträge vom Vergabeverfahren ausschließen.

Es wird darauf hingewiesen, dass nur die geforderten Unterlagen berücksichtigt werden und darüber hinausgehende Unterlagen nicht erwünscht sind.

Der Teilnahmeantrag, die beizubringenden Unterlagen sowie die Korrespondenz mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen. Bei ausländischen Bewerbern genügen gleichwertige Bescheinigungen des Herkunftslandes. Nicht in deutscher Sprache verfassten Dokumenten ist eine beglaubigte Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Andernfalls können diese nicht berücksichtigt werden.

II. Inhalt des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag besteht aus den in Anlagen G-J dargestellten Formblättern sowie den in der Auftragsbekanntmachung und der Allgemeinen Bewerber- und Bieterinformation geforderten Erklärungen und Nachweisen.

Für den Teilnahmeantrag ist das beigelegte Formblatt „Teilnahmeantrag“ zu verwenden.

Der Bewerber muss zum Nachweis seiner Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen alle in der Auftragsbekanntmachung geforderten Unterlagen, insbesondere Angaben, Erklärungen oder sonstige Nachweise mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Hierbei ist das Formblatt „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ mit etwaigen vorgegebenen Anhängen zu verwenden. Bewerber, welche die angegebenen Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Der Auftraggeber behält sich vor, aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Sozialversicherungsträger und der Finanzbehörden zu verlangen. Der Auftraggeber kann zudem weitergehende Nachweise der Bewerber fordern, sofern er Hinweise auf eine fehlende Eignung oder das Vorliegen von Ausschlussgründen hat.

Sofern der Bewerber von der Möglichkeit Gebrauch macht, die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen vorläufig durch die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung nach § 50 VgV zu belegen, wird der Auftraggeber diesen Bewerber vor Abschluss des Teilnahmewettbewerbs



auffordern, die geforderten Unterlagen gemäß der Unterlage „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ beizubringen. Hierfür wird dem Bewerber eine Frist gesetzt, die nur wenige Tage betragen kann. Der Bewerber hat die geforderten Unterlagen innerhalb dieser Frist einzureichen

III. Zulassung zur Angebotsphase (Auswahlentscheidung)

Die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Abgabe eines Erstangebotes aufgefordert werden, ist gemäß § 51 VgV begrenzt. Es ist geplant, drei bis fünf Bewerber, die die Eignungs- und Mindestanforderungen erfüllen, im Anschluss an die Eignungsprüfung zur Abgabe eines Erstangebots aufzufordern (Auswahlentscheidung). Die Auswahl der Bewerber erfolgt anhand der bekanntgemachten Auswahlkriterien (s. Ziff. 5.1.6 der Bekanntmachung) in der Reihenfolge der erreichten höchsten Gesamtpunktzahlen.

Bei drei oder weniger Bewerbern werden alle Bewerber zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert, die die Eignungs- und Mindestanforderungen erfüllen.

IV. Bewerberfragen und Kommunikation

Fragen oder Hinweise müssen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform eingereicht werden. Eine anderweitige Übermittlung – zum Beispiel fernmündlich, per E-Mail oder Telefax – ist nicht zulässig und wird nicht berücksichtigt. Fragen und Hinweise, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden gegebenenfalls nicht oder nicht vor Ablauf der Teilnahmefrist beantwortet. Eine Verlängerung der Teilnahmefrist erfolgt in diesen Fällen nicht. Der Auftraggeber wird den Bewerbern rechtzeitig angeforderte Auskünfte erteilen, wenn und soweit aus der Fragestellung die Relevanz für die Erstellung der Teilnahmeanträge ersichtlich ist. Solche Auskünfte werden allen Bewerbern gleichzeitig und in anonymisierter Form mitgeteilt. Die Beantwortung der Fragen erfolgt durch Veröffentlichung von Bewerberinformationen über die Vergabeplattform.

Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Der Auftraggeber nutzt die Vergabeplattform für die Kommunikation während des gesamten Vergabeverfahrens. Interessierten Unternehmen wird empfohlen, sich frühzeitig auf der Vergabeplattform zu registrieren und die Teilnahme am hiesigen Vergabeverfahren zu bestätigen, um über Informationen zum Vergabeverfahren eine gesonderte Benachrichtigung zu erhalten. **Ungeachtet dessen müssen sich die interessierten Unternehmen regelmäßig und unaufgefordert über die Veröffentlichung neuer Bewerberinformationen und/oder Unterlagen informieren.**

V. Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen und werden wie Bewerber behandelt. Sofern in den Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Bewerber“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerbergemeinschaften gemeint.



Die Bewerbergemeinschaft muss das vorgegebene Formblatt „Bewerbergemeinschaftserklärung“ vollständig ausfüllen und mit dem Teilnahmeantrag einreichen.

Des Weiteren hat jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die geforderte Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB gemäß der Unterlage „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ sowie die geforderten Belege zur Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung – sofern solche gefordert sind – gemäß der Unterlage „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ gesondert mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft das Bestehen bzw. der Abschluss einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung gemäß der Unterlage „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ zu erklären. Die Vorlage nur von einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft genügt nur dann, wenn der Versicherungsschutz eines Bewerbergemeinschaftsmitglieds die Beteiligung an einer Arbeitsgemeinschaft und die Versicherung aller weiteren Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft erfasst. Dies ist mit Abgabe des Teilnahmeantrags unaufgefordert nachzuweisen.

Die übrigen Anforderungen bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit müssen – soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist – nicht zwingend vollständig von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft nachgewiesen werden; es reicht aus, wenn die Eignung der Bewerbergemeinschaft insgesamt mit dem Teilnahmeantrag nachgewiesen ist.

VI. Unterauftragnehmer und Eignungsleihe

1. Unterauftragnehmer

Beabsichtigt der Bewerber, Teile der Leistung von Unterauftragnehmern ausführen zu lassen, muss er die Art und den Umfang dieser Leistungen in der „Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern“ angeben und mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Als Unterauftragnehmer gelten auch verbundene Unternehmen oder sonstige Dritte.

Die Namen der Unterauftragnehmer sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers anzugeben. Ferner hat der Bewerber auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers mittels einer entsprechenden „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, von den Unterauftragnehmern Eignungsnachweise zu verlangen.

Der Auftraggeber wird die Angabe der Namen, die Vorlage der Verpflichtungserklärung sowie ggf. Eignungsnachweise des jeweiligen Unterauftragnehmers nur verlangen, wenn nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs das Angebot des Bieters in die engere Wahl für den Zuschlag kommt. In diesem Fall



sind die verlangten Erklärungen und Nachweise innerhalb einer von dem Auftraggeber zu bestimmten Frist, die nur wenige Tage betragen kann, einzureichen.

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber überprüfen, ob bei den benannten Unterauftragnehmern des für den Zuschlag vorgesehenen Bieters Ausschlussgründe nach § 123 GWB und § 124 GWB vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt der Auftraggeber die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann der Auftraggeber verlangen, dass der Bieter den Unterauftragnehmer ersetzt. Der Auftraggeber behält sich des Weiteren vor, die Eignung der Unterauftragnehmer zu prüfen.

Falls ein Bieter sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit (Eignung) auf die Mittel eines Unterauftragnehmers beruft (sog. Eignungsleihe), gelten zusätzlich auch die Vorgaben unter VI.2. dieser Bewerbungsbedingungen.

2. Eignungsleihe

Nimmt ein Bewerber zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit (Eignung) die Mittel anderer Unternehmen (als solche gelten auch Unterauftragnehmer, verbundene Unternehmen oder sonstige Dritte) in Anspruch (sog. Eignungsleihe), hat er bereits mit dem Teilnahmeantrag folgende Unterlagen (kumulativ) vorzulegen:

- Name (Firma) und Adresse dieser anderen Unternehmen (Eignungsverleiher),
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB gemäß der Anlage „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ gesondert für jeden Eignungsverleiher,
- Nachweis der Eignung in Bezug auf diejenigen Mittel des Eignungsverleihers, die der Bewerber zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt. Die Unterlagen bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gemäß „Erklärungen zur Eignung und zu Ausschlussgründen“ müssen nur in dem Umfang für den Eignungsverleiher ausgefüllt werden, in welchem dieser seine Leistungsfähigkeit dem Bewerber zur Verfügung stellt; es reicht aus, wenn die Leistungsfähigkeit vom Bewerber und den Eignungsverleihern insgesamt nachgewiesen ist. Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit, wie beispielsweise Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung, müssen jedoch von dem Unternehmen vorgelegt werden, das im Auftragsfall die entsprechenden Leistungen erbringen soll (vgl. § 47 Abs. 1 S. 3 VgV).
- Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel des Eignungsverleihers bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen („Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“).



Der Auftraggeber macht – soweit relevant – von der Möglichkeit des § 47 Abs. 3 VgV Gebrauch. Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten des Eignungsverleiher im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit müssen der Bewerber und der Eignungsverleiher daher im Umfang der Eignungsleihe gemeinsam für die Auftragsausführung haften. Der Auftraggeber wird vor Zuschlagserteilung eine entsprechende Haftungszusage von den Eignungsverleihern des für den Zuschlag vorgesehenen Bieters verlangen. Wird diese nicht oder nicht form- und fristgerecht eingereicht, wird das Angebot nicht berücksichtigt.

Soweit die Eignungsverleiher als Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen, gelten zusätzlich die Ausführungen unter VII.1. dieser Bewerbungsbedingungen.

VII. Verschwiegenheit/Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Beteiligung an diesem Vergabeverfahren verwendet werden. Jede Weitergabe oder Veröffentlichung – auch auszugsweise – ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet. Die Vergabeunterlagen dürfen insbesondere nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.

Alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren erhaltenen Unterlagen und Informationen (z. B. auch über interne Abläufe, technische Systeme, Sicherheitskonzepte, Planungen sowie wirtschaftliche oder organisatorische Gegebenheiten) sind sowohl während des Verfahrens als auch nach dessen Abschluss vertraulich zu behandeln.

Über sämtliche zur Kenntnis gelangten vertraulichen Informationen ist – auch nach Beendigung dieses Vergabeverfahrens – Verschwiegenheit zu wahren. Die mit der Unterlagenerstellung befassten eigenen und gegebenenfalls sonstigen Mitarbeiter sind hierauf schriftlich zu verpflichten.

Der Auftraggeber behält sich vor, diejenigen Bewerber, welche die Vertraulichkeitspflichten verletzen, vom Vergabeverfahren auszuschließen.

VIII. Kosten-/Aufwandsersatzung

Für die Erstellung des Teilnahmeantrags und die Verfahrensteilnahme erfolgt keine Kosten- oder Aufwandsersatzung.

IX. Datenschutz

Der Bewerber erklärt sich mit Abgabe des Teilnahmeantrages damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.



X. Vergabekammer

Die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen kann bei der Vergabekammer Südbayern, Maximilianstraße 39, 80538 München beantragt werden.

XI. Rechtsbehelfsbelehrung

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein (§ 160 Abs. 1 GWB). Der Antrag ist unzulässig, soweit mehr als fünfzehn Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).